

Es gebe auch Hinweise darauf, daß Rädelsführer der Demonstranten "Rocker" telefonisch anfordern. In diesem Zusammenhang verdiene aber Erwähnung, daß es den Rädelsführern der Hochschuldemonstrationen bisher noch nicht gelungen sei, die erwünschten Querverbindungen zur Arbeiterschaft (wie im Mai/Juni 1968 in Frankreich) herzustellen.

Obwohl bislang die Polizei über Charakter und Verlauf der Demonstrationen gut informiert war, könne den Demonstranten nicht überall wirkungsvoll entgegengetreten werden. Denn eine Taktik der Demonstranten sei es, die Ordnungskräfte zu zersplittern und überraschende Sonderaktionen durchzuführen. "Die vorsorgliche Sicherung empfindlicher Punkte durch die Polizei wird daher nicht immer möglich sein. . . . Daraus folgt, daß die Betriebe Überlegungen anstellen müssen, wie sie sich in solchen überraschenden Situationen selbst schützen können."

Und jetzt rollt ein beeindruckendes Notstandsprogramm ab:

- Aufbau einer uniformierten Ordnertruppe.
- Einsatzplanung nach strategisch wichtigen Punkten.
- Einteilungen in Reviere und Bestallung von besonders Verantwortlichen.
- Installation von Foto- und Filmkameras.
- Zusammenarbeit mit der Polizei:
  1. alle Informationen der Polizei bezügl. Demonstrationen werden der Handelskammer mitgeteilt, welche ihrerseits ein Warnsystem einrichtet.
  2. die Polizei ist jederzeit bereit, Bereitschaften in Betrieben zu stationieren.
- Disziplinierung der Belegschaft, Verbot von Diskussionen mit Demonstranten.
- Maßnahmen nach Demonstrationen: die Polizei bittet darum, bei den sog. Antragsdelikten (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) Strafanträge zu stellen, damit die Betroffenen verfolgt werden können. Weiterhin wird gebeten, auch Zivilklagen auf Schadenersatz anzustrengen, weil derartige Klagen in ihren Konsequenzen die Demonstranten mehr beeindrucken als vorläufige Festnahmen und zum Teil auch strafrechtliche Verurteilungen.

## PERSPEKTIVEN DER SCHÜLERBEWEGUNG IN HAMBURG/2. TEIL

III. Auf Grund des "antiautoritär" strukturierten Bewußtseins der meisten Schüler, die sich abstrakt den Leistungszwängen und Autonomieeinschränkungen mit Hilfe der Pop-Kultur entziehen wollen, muß der Ansatz zur Politisierung dieser Schüler ein antiautoritärer sein. Für uns wird das bedeuten, daß wir zunächst die vorhandenen Ausdrücke des Unbehagens, die sich für die Masse der Schüler nicht konkretisieren, erklären und als politische artikulieren. Konkret ist es daher notwendig, in der Agitation die Schüler zu bewegen, sich Freiheitsspielräume außerhalb der Scheinfreiheit der Freizeit und des Konsums zu erkämpfen. Diese Spielräume allerdings werden begrenzt sein durch die für die Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft notwendigen Unterdrückung. Erst beim Erkennen dieser objektiven Notwendigkeit können sich für die Masse der Schüler sozialistische Perspektiven eröffnen, die sich nicht durch das verbale Bekenntnis zum Sozialismus, sondern in der Bekämpfung dieser augenblicklichen Notwendigkeiten definieren.

Die Gefahr des Reformismus ist am Anfang dieses Prozesses möglich. Polytechnischer Unterricht, Einrichtung eines Kurssystems, Mitbestimmung im Unterricht und die Objektivierung der Leistungsmessung waren lange Zeit Forderungen der Schülerbewegung. Derart seine Politik zu formulieren deutet darauf hin, dem Kapitalismus aus einer seiner entscheidendsten Strukturkrisen - dem Bildungsnotstand - in guter sozialdemokratischer Manier herauszuhelfen. Heute bereits sind die Forderungen, die wir damals gestellt haben, Bestandteile eines jeden "progressiven" Bildungsreformplanes. Um den Anspruch der Emanzipation und Revolutionierung aber ernst zu nehmen, kommt es darauf an, der Schülerbewegung eine sozialistische Perspektive zu geben, wenn es schon nicht möglich ist, den antiautoritären Protest vollends in einen sozialistischen zu transformieren. Nur so sind wir fähig, den Reformismus zu entgehen. Die sozialistische Strategie unserer politischen Arbeit beinhaltet, in der gesellschaftlichen

Hier setzt die sog. "Kritische Schule" an. Ihre Ziele lassen sich in drei Punkten zergliedern.

- 1) soll sie das notwendige Wissen für die Agitation im Unterricht bereitstellen,
- 2) soll sie die theoretische Vorbereitung von Kampagnen übernehmen, und
- 3) soll sie die Emanzipation der Genossen auf dem theoretischen Bereich vorantreiben.

Die "Kritische Schule" ist also praxisbezogen und begreift sich nicht als "Schule" mit dem Attribut "kritisch". Im Gegenteil: ihr Sinn ist es, die herkömmliche Schule kritisch zu gestalten.

V. Das AUSS befindet sich augenblicklich in einer Übergangsphase, in der das Herumschüteln von Sektierergruppen zugunsten der Basisarbeit an den einzelnen Schulen aufgegeben werden muß. Da von einem Beginn der systematischen Schularbeit erst jetzt zu sprechen ist - nominell gibt es 13 Basisgruppen, von denen 3 in den letzten Wochen richtig gearbeitet haben - muß von der zentralen Ebene eine Politik betrieben werden, die Basisarbeit initiiert, die also Schulkader quantitativ und qualitativ entstehen läßt. Eine weitere Aufgabe eines zentralen Gremiums wäre die Koordinierung von Aktionen sowie die Kommunikation der einzelnen Basisgruppen und Arbeitsgruppen herzustellen. Eine Politik aber, die zurückwirken soll auf die Schulen bzw. sich ergänzen soll mit den schon aktiven Basisgruppen, konkretisiert sich im wesentlichen durch regionale Kampagnen. Diese Kampagnen müssen zwei Voraussetzungen erfüllen. Einmal müssen sie zentrale Punkte des Schulsystems zum Angriffspunkt haben und zum anderen muß die Möglichkeit groß sein, daß sich große Teile der Schülerschaft mit den angegebenen Zielen identifizieren, d.h. persönliche Interessen müssen tangiert werden.

Einige mögliche Kampagnen sollen hier erklärt werden.

Im Zusammenarbeit mit dem VK ließe sich eine Kriegsdienstverweigerungskampagne organisieren, die sich zwei Ziele setzt:

1. die massenhafte Produktion<sup>von</sup> Verweigerern, wodurch die antimilitaristischen Elemente vermehrt werden.

2. eine Organisation der Angesprochenen in der jeweiligen Basisgruppe.

Die Kampagne berührt eine persönliche Interesse der meisten Schüler, nämlich das ihrer Wehrunwilligkeit, das politisch zu untermauern wäre. Außerdem lassen sich sehr leicht Parallelen vom militärischen Bereich zu dem der Schule herstellen, wodurch die Arbeit an den Schulen erleichtert wird. Die Organisation ließe sich zuerst an den Schulen durch Arbeitskreise bewerkstelligen, die militärische Probleme behandeln. Diese Arbeitskreise werden später überführt in die Basisgruppe.

Eine Kampagne "Autoritäre Schule" berührt ebenfalls Schülerinteressen. Sie greift bestimmte autoritäre Unterrichtsstrukturen und Organisation an, nimmt diese als Anlaß, um eine Kritik der Unterrichtsinhalte zu leisten. Da jede Schule spezifisch ausgeprägte autoritäre Strukturen besitzt, hat eine Basisgruppe oder haben einzelne Schüler die Möglichkeit, die Kampagne mit der jeweiligen Schulwirklichkeit abzustimmen.

So läßt sich wiederum die Verbindung von zentraler Kampagne und Basisarbeit herstellen.

Das ist ebenso möglich in einer Kampagne, die den Geschichtsunterricht zum Inhalt hat. Auch hier können Schulkader die allgemeine Kritik am Geschichtsunterricht ergänzen mit den jeweiligen Schulgegebenheiten.

Eine Zensuren- und Leistungskampagne kann zu jeder Zeugnisausgabe organisiert werden. Sie trifft den zentralen Nerv des Schulsystems und führt bei richtiger und ausführlicher Agitation zur Solidarität mit der Schülerschaft, weil das Leistungsprinzip, das sich für die Schüler im Zeugnisystem konkretisiert, die Ursache der meisten Mißstimmungen der Schüler ist.

Sozialisationsinstitution Schule die Machtfrage tendenziell zu stellen, also in den ersten Phasen des Politisierungsprozesses der Schüler noch nicht aktuell. Das heißt, daß unsere Praxis hinauszielt auf einer Befreiung der Schule aus den Klauen der Bürokratien und auf die eigene Gestaltung des Unterrichts. Diese Antizipation einer neuen Schullwirklichkeit darf nicht dem Fehler verfallen, die Schule allein in und durch die Schule demokratisieren zu wollen. Eine demokratische Schule in einer undemokratischen Gesellschaft ist nicht denkbar. So muß das Ziel der Schülerbewegung die soziale Revolution sein. Die Schülerbewegung hat in ihrem Bereich dafür die Massen zu agitieren und ein kritisches Potential zu erzeugen. Dieses Potential organisiert sich, einmal die Schule verlassen, in ihren jeweiligen späteren sozialen Arbeitsbereichen wiederum in Basisgruppen, sei es in der Universität oder im Betrieb.

Die so angestrebte Selbstorganisation des Unterrichts wird bestimmt sein einmal durch das Erkennen, daß die Lehrkräfte auch nur Mitglieder eines Unterdrückungszusammenhanges sind, und zum zweiten durch die direkte Konfrontation der Kapitalinteressen einerseits und der Bedürfnisse der Schüler auf Emanzipation andererseits. Eine Praxis, die auf Emanzipation und Befreiung aus ist, wird ihre Kritik nicht mehr allein auf autoritäre Formen richten, sondern im wesentlichen die Lehrinhalte umstrukturieren wollen.

IV. Es ist einsichtig, daß die Arbeit nur dort geleistet werden kann, wo die Schüler ihre hauptsächlichste Unterdrückung erfahren: in der Schule. Um die Schülerbewegung wieder "in die Schulen zu führen", ihr gewissermaßen wieder zu einer sozialen Basis zu verhelfen, ist eine neue Methode der Agitation nötig. Diese wird jetzt im wesentlichen im Unterricht geleistet. Stufenweise muß dabei so verfahren werden, daß neben der Schaffung von Freiheitsspielräumen, die vertretenen Ideologien und Lehrinhalte, gegen die zumindest ansatzweise eine Kritik in Form von Nörgelei bei den Schülern vorhanden ist und die daher zur Vermittlung einer autoritären Pädagogik bedürfen, zunächst mit Hilfe einer systematischen und konsequenten Fragetechnik zersetzt werden.

Die zweite Stufe wäre dann, das entstandene Vakuum mit kritischen Inhalten zu füllen und den Unterricht in Form eines herrschaftsfreieren Gesprächs unter möglicher Ausschaltung des Lehrers zu organisieren. Zur Vorbereitung der Nichterfüllung der pädagogischen Ziele der Schulbehörde wird in je einer Klasse ein Lernkollektiv gebildet, das sich aus den kritischen und linksliberalen Schülern zusammensetzt. Die Aufgabe von ihm ist es, sich auf dem Unterricht inhaltlich und taktisch vorzubereiten. Daneben aber kann es den sich durch die politische Arbeit verschärfenden Leistungsdruck durch gemeinsames Anfertigen von Schularbeiten und Vorbereiten auf Arbeiten entgegentreten. Wesentlich aber ist die politische Funktion des Lernkollektives.

Auf Schulebene wird eine Basisgruppe gegründet, die die gesamtschulische Arbeit leistet. D.h., daß sie neben der permanenten Provokation von Konflikten Kampagnen organisiert, die sich möglichst direkt auf Lehrinhalte und Unterrichtsorganisationen beziehen. Dabei können bei schon entfaltetem einigermaßen erfolgreichen Aktivitäten Tagesforderungen einen Sinn haben, wenn sie einmal die Spannung zwischen Potentialität und Aktualität für die Schüler verschärfen, damit Lernprozesse fördern, oder, und das ist die zweite Möglichkeit, wenn sie erfüllt werden mit dem Bewußtsein der Schülermassen, daß dieser Erfolg nichts prinzipielles geändert hat und, daß er zur Verschleierung beitragen kann. Es wird sich als notwendig erweisen, sich für die jeweilige Schule ein Publikationsmittel anzueignen, das als Organ der politischen Arbeit benutzt wird. Dafür kann man die herkömmliche Schülerzeitung nehmen. Wesentlichste Aufgabe dieser Zeitung wird es sein, die theoretische Vermittlung von Aktionen zu übernehmen.

Spätestens zu dem Zeitpunkt, in dem mit der Vermittlung kritischer Bildungsinhalte begonnen werden muß, wird sich die Notwendigkeit der theoretischen Schulung zeigen. Realistische müssen wir konstatieren, daß es bei vielen der Schülergenossen überein gewisses Make-out an revolutionärem Anhängsel nicht hinausgegangen ist, obwohl andererseits festzustehen scheint, daß die Bereitschaft zur theoretischen Arbeit besteht.

Weitere Möglichkeiten für Kampagnen sind: Sexualitätskampagne, Deutschunterrichtskampagne, Kampagne für "freie Meinungs- und Presseäußerungen". Sie bedürfen aber einer intensiven theoretischen Vorarbeit, damit das wesentliche Ziel dieser Kampagnen erreicht wird: die Organisierung der Schülerschaft in Basisgruppen.

---

## GRÜNDUNG EINES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES

"Lehrer, Studenten und Schüler aus dem ehemaligen Arbeitskreis Schule im RC haben in den letzten Wochen die Neugründung eines sozialistischen Lehrerbundes vorbereitet. Die in der letzten APO-Press erschienene Gründungserklärung ist nach den Osterferien an Schulen und Lehrerbildungsstätten verteilt worden.

Wir bitten die Leser von APO-Press diese Erklärung mit der Beitrittserklärung an potentielle Mitglieder ("progressive" Lehrer) weiterzugeben.

Weitere Exemplare des Gründungsaufufes bitte anfordern bei:

SLB Hamburg, 2 HH 13, Rothenbaumchaussee 95."

In der letzten Ausgabe der APO-Press erschien wegen eines redaktionellen Versehens der Aufruf zur Gründung eines sozialistischen Lehrerbundes nicht in den vorgesehenen Form, es fehlte ein Vorspann, etc.

Darum sei noch einmal ausdrücklich wegen des theoretischen Konzeptes auf den Aufsatz in der letzten Nummer der APO-Press verwiesen.

Eine Gründungsversammlung findet am Montag, den 28.4. um 19.30 Uhr in den Räumen des Republikanischen Clubs statt: HH 13, Rothenbaumchaussee 95. Tel. 41 78 15.

## GRÜßADRESSE AN DEN 1. PARTEITAG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die gegenwärtig in Frankfurt tagende Arbeitskonferenz des SDS begrüßt den ersten Parteitag der neubegründeten Deutschen Kommunistischen Partei. Unsere Freude über die Gründung eurer Partei, als damit der jahrzehntelange Kampf der proletarischen Vorhut der Massen, der KPD um die Legalität durch machtvolle Verhandlungskämpfe mit dem staatsmonopolistischen Apparat der Bundesrepublik zu einem heroischen Ende geführt und so Ever Kommunismus in der Bundesrepublik endlich zu staatlicher Konzession gebracht wurde, soll hiermit zum Ausdruck gebracht werden.

Über die Verbundenheit zwischen eurer Partei und uns bedarf es keiner großen Worte. Wir sind durch Kampf verbunden. Wir können die Gefühle, die uns angesichts Eures Parteitages bedrängen, und die wir euch zur Neugründung der DKP übersenden, nicht besser als mit den Sätzen einer dem Kommunismus offensichtlich wohlwollenden Tageszeitung ausdrücken, die kürzlich die Funktion der DKP so bestimmt hat: "Am nützlichsten macht sie sich nämlich, indem sie den staatstragenden Parteien die politische Schmutzarbeit abnimmt oder wenigstens erleichtert, sich mit den anarchistischen und antiparlamentarischen Kräften der sogenannten "neuen Linken", mit dem virulenten "linken Faschismus" auseinandersetzen. Das Erschrecken der kommunistischen Führer über den Gestank im politischen Sumpfgelände links von der Sozialdemokratie, das sie trocken legen müssen, wenn sie eine "Massenbasis" auch nur von zwei oder drei Prozent der Wählerstimmen erlangen wollen, ist bereits deutlich geworden. Man sollte ihnen die aufreibende Sisyphusarbeit, hier die kommunistische Erziehbaren von den Psychopathen